

Budapestre vonatkozó újságcikkek



Szerző:

Cím: Die Erhöhung des Strassenbahntarifs

Forrás: Pester Lloyd Mbl

Osztályozás

Tárgy

385.857

Hely

Idő

"1923"

Személy

Die Erhöhung des Straßenbahntarifs. In der heute nachmittag stattgefundenen Sitzung der hauptstädtischen Verkehrskommission wurde die Sektionsvorlage, wonach der Tarif der elektrischen Bahnen um 100 Prozent erhöht werde, einstimmig abgelehnt und eine bloß 50prozentige Erhöhung angenommen. Die erste Altade wäre somit abgewiesen, nun ist noch abzuwarten, wie sich der Handelsminister zur Sache stellen wird. Die Sitzung nahm den folgenden Verlauf: Nachdem Vizebürgermeister Dr. Johann Buzáth die Sitzung eröffnet hatte, berichtete technischer Obererrat Josef Báltényi über das Gesuch der hauptstädtischen Verkehrsgesellschaft, die eine 100prozentige Erhöhung des Straßenbahntarifs verlangt. Der Referent führte aus, die frühere Tarifierhöhung von 120 auf 200 k sei eine 67prozentige gewesen, habe jedoch infolge der Verminderung der Frequenz nur einen 47prozentigen Mehrertrag ergeben. Die Wertverminderung der Krone würde zwar eine Erhöhung des Tarifs um bloß 86 Prozent motivieren, da aber auch diesmal mit einer Abnahme der Frequenz gerechnet werden müsse, sei es begründet, wenn der Tarif um 100 Prozent erhöht werde. Es sei ferner wünschenswert, daß der neue Tarif spätestens am 5. August in's Leben trete. Zum Gegenstand sprach zunächst Johann v. Biblithi-Sorváth, der die Vorlage in schärfster Weise kritisierte. Er habe den Eindruck, als ob der Magistrat von der Direktion der elektrischen Straßenbahn einen strengen Alfas erhalten hätte, weshalb er sich so beeilte, die Kommission einzuberufen. Vorgestern habe anscheinend auch der Führer der Christlichkommunalen Partei noch nichts davon gewußt, daß die Frage der Tarifierhöhung gar so brennend sei, denn seine Anspielung auf die Tarifierhöhung habe sich auf den 15. August bezogen. Da sich die Direktion ohnedies offenbar nicht viel um die Ansicht der Verkehrskommission schert, möge diese auch das Odium der Tarifierhöhung nicht auf sich nehmen und die Verantwortung hierfür der Gesellschaft und dem Handelsminister überlassen. Er lehnt die Vorlage auch schon deshalb ab, weil sie auf das Publikum destruirend wirken müsse. Bei der Verteuerung der Lebensbedürfnisse gehen Staat und Hauptstadt mit schlechtem Beispiel voran. — Eugen Wieber bemerkt, er sei über die Gehörung der Gesellschaft absolut nicht informiert und sieht die Notwendigkeit einer hundertprozentigen Erhöhung nicht ein. Er beantragt, den Preis einer Linienkarte mit 300 Kronen festzusetzen und gleichzeitig die Gesellschaft anzuweisen, der Kommission einen erschöpfenden Ausweis über ihre Einnahmen und Ausgaben vorzulegen. — Josef Szabó stimmt bezüglich der Rechnungslegung mit dem Vorredner überein. Im übrigen würde er den neuen Tarif nur in dem Falle

Bn

1923. 7. 28.

(Hely)

(Idő)

(Köt. v. füz.)

(Old.)

votieren, wenn auch die Bezüge des Personals in demselben Verhältnisse verbessert werden würden. — Julius Baránsky sieht nicht ein, warum der Tarif um hundert Prozent erhöht werden solle. Wohl sind die Kohlen teurer geworden, doch bilden diese ja nur einen Teil der Regie. Auch er ist der Ansicht, daß fünfzig Prozent vorläufig vollständig genügen würden. Redner tritt dafür ein, daß für die Beamten und Arbeiter Wohnhäuser gebaut werden. Es sprachen sodann noch Emil Brezowsky, Dr. Divényi, Karl Stumpf, Friedrich Metelka, Karl Biliz und Paul Jaczko, die sämtlich für eine höchstens fünfzigprozentige Tarifierhöhung eintraten. Mehrere Redner bemerkten, die Gesellschaft müßte bestrebt sein, den Ausfall in den Einnahmen durch Ersparnisse bei den Ausgaben hereinzubringen. So sei es beispielsweise vollständig überflüssig, daß in einem Wagen zwei Kondukteure den Dienst versehen. Auch wurde die Einführung von Zonenkarten und die Ausgabe von Abonnementkarten für einzelne bestimmte Routen urgirt. Nachdem noch Polizeirat Gabriel Bötsky dafür eingetreten war, daß die Gesellschaft einen tabellarischen Ausweis darüber vorlege, um wie viel die einzelnen Ausgaben prozentuell gestiegen seien, wurde die allgemeine Debatte geschlossen und Generaldirektor-Stellvertreter Stefan Sztrólay nahm das Wort, um für die Eingabe der Gesellschaft einzutreten. Er begreife das Mißtrauen nicht, das die Mitglieder der Kommission der Verwaltung der Elektrischen Straßenbahnen gegenüber bekunden. Die Ereignisse hätten sich überstürzt, es sei keine Zeit mehr zur Ausarbeitung eines erschöpfenden Ausweises gewesen. Die Arbeiter der Gesellschaft seien weit besser bezahlt als bei anderen Unternehmungen. Die Gesellschaft verschließt sich auch dem nicht, daß für die Beamten und Arbeiter Wohnhäuser gebaut werden. Die Gesellschaft habe übrigens große Lasten, 15 Prozent der Einnahmen werden zu Rekonstruktionsarbeiten verwendet. Was den Tarif betrifft, bittet er den Preis einer Fahrt nicht mit 400 k, sondern mit 500 k festzustellen, da inzwischen unsere Krone in Zürich auf 0.3 gefallen ist. (Heiterkeit.) Die Abstimmung ergab sodann die Ablehnung des 400-Kronen-Tarifs und die Annahme des Antrages Eugen Wiebers, wonach der Preis einer Fahrkarte mit 300 k festgestellt (50 Prozent) und die übrigen Fahrpreise im selben Verhältnis erhöht werden.

SZÉKESVÁROSI HATÁROZATOK 1923